

Keine Stimme den Nazis!

Es steht nun fest, mit welchen neonazistischen Kandidaten wir vor Ort konfrontiert sind. Zum Kreistag treten sowohl NPD also auch die Republikaner an. Außerdem stellt die NPD einen Landratskandidaten. Daneben kandidiert die Neonaziorganisation in Iserlohn, Menden, Plettenberg und Lüdenscheid zum Rat. Sie stellt außer in Menden auch jeweils einen Bürgermeisterkandidaten. Die NPD brüstet sich mit der verstärkten Kandidatur nach 2004.

Was haben sie bisher geleistet ?

Ganz im Gegensatz zur eigenen Propaganda fallen die rechten Abgeordneten in Kommunalvertretungen bisher dadurch auf, dass sie sich nicht an Debatten beteiligen, kaum eigene Anträge einbringen oder Sitzungen fern bleiben. Die Wählerinnen und Wähler hören in der Regel nichts mehr von denen, die sich mit markigen Sprüchen als „Stachel im Fleisch der Bonzen“ hatten wählen lassen.

Ungefährlich sind die Rechtsextremen deswegen trotzdem nicht: Jeder Sitz bedeutet eine Stärkung rechtsextremer Positionen. Denn statt sich um die Interessen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort zu kümmern, nutzen sie kommunale Parlamente, um mit Abgeordnetengeldern neonazistische Strukturen aufzubauen. Jahr für Jahr bezieht die NPD durch die Beteiligung an Wahlen und gewonnene Mandate mehr als 4,5 Millionen Euro aus öffentlichen Kassen. So auch die hiesige sogenannte NPD-Kreistagsgruppe, bestehend aus einem NPD- und einem REP-Vertreter.

„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“

Art. 139 GG - Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945

Die NPD – Partei für Recht und Ordnung!?

Während die NPD in ihrer Propaganda stets gegen „kriminelle Ausländer“ zu Felde zieht oder sich versucht, an die Spitze der Diskussionen um Sexualstraftäter zu setzen und auch sonst im allgemeinen für Recht und Ordnung auf unseren Straßen streitet, geht es in den eigenen Reihen nicht immer nach Recht und Ordnung:

Zum Beispiel Stephan Haase

Der Bürgermeister- und Spitzenkandidat der Reserveliste in Lüdenscheid wurde 1997 wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Kennzeichen einer verfassungsfeindlichen Organisation über den u.a. von ihm betriebenen Donner-Versand letztlich zu sechs Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 2.000 DM verurteilt. 1998 wurde Haase im Zusammenhang mit einer Bewährungsstrafe verboten, ein Gewerbe im Groß- und Einzelhandel, einen drucktechnischen Betrieb oder einen Versand zu betreiben (siehe hierzu http://de.wikipedia.org/wiki/Stephan_Haase).

Der Widerstand gegen Neo-Faschismus bleibt ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Er kann nur erfolgreich sein, wenn sich viele Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider gegen Rechtsextremismus und Neonazismus einsetzen und am 30. August 2009 keine Neonazis (NPD, REP) wählen.

Zum Beispiel Kandidatenaufstellungen

Bochum, Witten, Siegen, Menden und nun auch Lüdenscheid. Immer wieder kommt es zu Ungereimtheiten bei der Kandidatennominierung. So erklärte nun auch in Lüdenscheid der Kandidat im Wahlbezirk 8, Egon K., dass er nie seine Zustimmung gegeben habe und weder mit der NPD noch mit irgendeiner anderen Partei etwas zu tun habe. Es ist anzunehmen, dass dies dann auch auf seine Frau Renate zutrifft, die im Bezirk 2 aufgestellt ist.